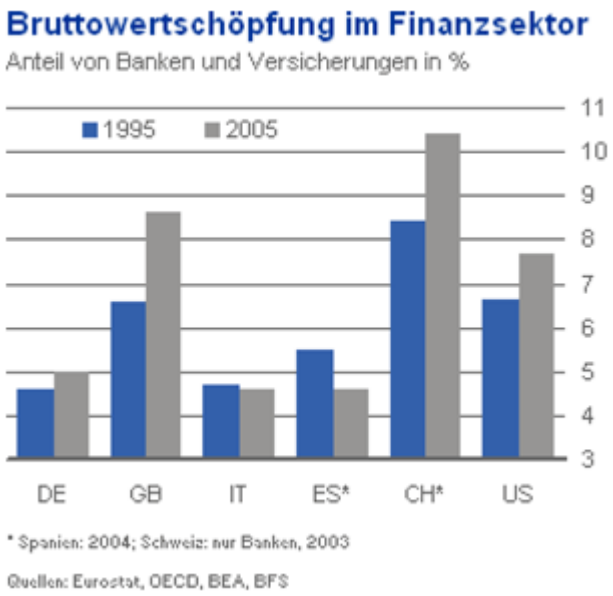
Deutsche Bank Research verbreitete am 19. März 2007 unter der Überschrift „Bruttowertschöpfung im Finanzsektor“ [PDF – 88 KB], die Finanzbranche zähle „in modernen Volkswirtschaften zu den wichtigsten Sektoren überhaupt.“ In Deutschland habe sie 2005, gemessen an der Wertschöpfung, mit 5 % Anteil noch vor dem Maschinenbau und der Elektroindustrie auf Rang drei gelegen. – Hier wird das Ergebnis der Plünderung und Ausbeutung des Restes der Volkswirtschaft durch die Finanzwirtschaft als Wertschöpfung betrachtet. Das ist eine Fehleinschätzung. Albrecht Müller

Zunächst noch kurz zum Text der „Forschungsabteilung der Deutschen Bank“:

Dort findet sich die folgende Grafik:



Im Text wird mit neidvollem Blick, darauf verwiesen, dass – Datenbasis 2005 – die Schweizer Finanzwirtschaft zum Beispiel über 10 % Anteil an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, die der USA über 7,5% und die Finanzwirtschaft in Großbritannien fast 9 % erreicht habe. Und noch neidvoller wird registriert, dass in den angelsächsischen Ländern und in der Schweiz der Anteil der Finanzbranche an der Bruttowertschöpfung zwischen 1995 und 2005 in besonderer Weise angestiegen ist. Und dann wird den Deutschen Mut gemacht, weil Deutschland weltweit Vorreiter bei Zertifikaten sei und diese Innovationsintensität die Basis einer aussichtsreichen Position für die Zukunft sei.
Diese Veröffentlichung stammt von 2007 und sie zeigt, dass unsere Welt Kopf steht:
Die im Casinobetrieb erreichte Aneignung eines größeren Teils des gemeinsam geschaffenen Bruttoinlandsprodukts wird Wertschöpfung genannt. Der Diebstahl wird so zu

einem Erfolg einer Branche und unseres Landes umstilisiert.

Um einen falschen Zungenschlag zu vermeiden, muss man schon an dieser Stelle zur Relativierung der Zumutung der Deutschen Bank Research anmerken, dass diese so genannte Forschungsabteilung bei weitem nicht alleine so urteilt. Die Politik, z.B. in Person des früheren Bundesfinanzministers Steinbrück hat das ähnlich gesehen. Steinbrück schaute mit glänzenden Augen auf den Finanzplatz London und NewYork und hat kräftig daran gearbeitet, Ähnliches hierzulande zu installieren. Er und sein Vorgänger Eichel haben, um den Finanzplatz Deutschland zu fördern, besondere Privilegien geschaffen. Sie haben dereguliert, sie haben Hedgefonds zugelassen, sie haben die Besteuerung der Gewinne beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen gestrichen und die in diesem Milieu tätigen Banker auch persönlich hofiert. Die große Koalition hatte die Fortsetzung dieser Finanzplatzförderungspolitik zu einem Schwerpunkt ihrer Politik gemacht.

Wo liegt der Denkfehler? Volkswirtschaftlich unnütze Tätigkeiten werden als Wertschöpfung betrachtet

Auch in der Finanzwirtschaft arbeiten ehrenwerte Leute. Sie beschäftigen sich mit volkswirtschaftlich sinnvollen Aufgaben. Einige regeln den Zahlungsverkehr, andere vermitteln zwischen solchen Personen und Institutionen, die Teile ihres Einkommens sparen, und solchen, die investieren. Dabei gleichen sie die unterschiedlichen Vorstellungen über die Fristen und Risiken von Sparen einerseits und Krediten für Investitionen andererseits aus. Würden sich die Banken auf diese Kredittransformation, auf den Zahlungsverkehr und vielleicht noch auf ein notwendiges Minimum von Risikoausgleich beschränken, dann könnten wir damit leben. Was die Mitarbeiterinnen/er der Banken, die in diesen Bereichen des Kapitalmarktes arbeiten, leisten, ist aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll. Ich schätze ihre Wertschöpfung für unsere Volkswirtschaft auf ungefähr 2 % des Bruttoinlandsprodukts.

Aber die Spitzen der Finanzwirtschaft, die Investmentbanker, Broker, Börsen und Agenten haben entdeckt, dass sie mit dem Betrieb von Casinos, mit Spekulationen, mit Wetten und allerlei sonstigen neu erfundenen Finanzprodukten sehr viel mehr verdienen. Sie haben weiter entdeckt, dass sie mit ständigen Transaktionen von Vermögenswerten, von Aktienpaketen und ganzen Unternehmen auf leichte Weise um Potenzen mehr verdienen als mit der traditionellen Aufgabe des Kapitalmarktes, der Vermittlung zwischen Sparern und investierenden Unternehmen.
Also haben sie ihre Energie auf den Casinobetrieb konzentriert und dabei Milliarden beiseite geschafft.

Auf welche **volkswirtschaftlich höchst unproduktive Tätigkeiten** sich dieser dominante und höchstbezahlte Teil der Finanzwirtschaft konzentriert, lässt sich an ein paar Beispielen stichwortartig zeigen:

- Sie haben die **Spekulation auf den Aktienmärkten** angeheizt und beim Auf und Ab kräftig verdient. Beispielhaft lässt sich die Entwicklung am Verlauf der DAX-Werte demonstrieren. (Siehe auch: Den Kapitalmarkt effizienter organisieren – Konversion ist angesagt (Teil I)) Bis Anfang der Achtzigerjahre bewegte sich der DAX kaum. Dann kam es in den Neunzigern zu einer Vervierfachung der DAX-Werte, dann nach dem März 2000 zu einem Absturz. Und dann kam es wieder zu einer Vervierfachung bis zum Jahr 2007 und wieder zu einem Absturz. An diesen Bewegungen, die mit der realen wirtschaftlichen Entwicklung nahezu nichts zu tun hatten, haben die Banken, die Börsen, die Broker und Agenten kräftig verdient. Beim Auf und beim Ab übrigens. Und auch hier wie in anderen Fällen gab es und gibt es Mittäter aus Politik, Wissenschaft und Medien. Alle zusammen haben zum Beispiel die so genannte Internetblase kräftig aufgeblasen. Die Spekulation auf den Aktienmärkten wäre ohne die tägliche Fernsehbegleitung z.B. und ohne ein ausgedehntes Netz an Public Relations Aktivitäten nicht so „gelungen“.

- Die Banken haben bei der **Steuerhinterziehung und der Verschiebung der Gewinne auf Steueroasen** geholfen – und kräftig daran verdient. Ist das „Wertschöpfung“? Weil dies offensichtlich im Sinne der herrschenden Kreise ist, haben Politik und Verwaltung, Justiz und Medien nicht interveniert und tun dies bis heute nicht ernsthaft und wirkungsvoll.

- Sie haben das so genannte **Investmentbanking glorifiziert und den Zusammenschluss und den Erwerb von Unternehmen unabhängig von der sachlichen Notwendigkeit gefördert und betrieben**. Schon die Übernahme von Mannesmann durch Vodafone zum Beispiel – was soll daran sachlich richtig gewesen sein? Daran haben die unmittelbaren Betreiber wie Klaus Esser, die neuen Eigentümer von Mannesmann, die Altaktionäre und die Banken verdient. – Reihenweise wurden Unternehmen und Unternehmensteile verkauft, zerteilt, über Beratungsverträge und Sonderdividenden ausgelaugt. Die Banken, insbesondere Investmentbanken, haben bei der Transaktion verdient und sie haben häufig auch an der Finanzierung der Übernahmen verdient. Oft haben die neuen Käufer, die sich großspurig Investoren nennen, nur 20 % Eigenkapital beigesteuert, der Rest wurde von den Banken fremdfinanziert. Und die Gewinne wurden und werden oft in Steueroasen verschoben. Auch hier gab es und gibt es ein breites Feld von Mittätern: Rechtsanwälte, Steuer-

und Wirtschaftsprüfer, Medien und Politik. Die Mittäterschaft der Politik war auf diesem Feld besonders schlimm: Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Finanzminister Eichel haben die beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen entstehenden Gewinne zum 1.1.2002 steuerfrei gestellt. Sie haben das der Öffentlichkeit und den unkritischen Medien als Auflösung der Deutschland AG verkauft. Noch beteiligt an dieser Plünderung der deutschen Unternehmen waren eine Reihe von ehemaligen Managern und Politikern. Die eigentlichen Leidtragenden sind wir Steuerzahler und vor allem Millionen von betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie haben mit der Streichung von Sozialleistungen und mit der Kürzung von Löhnen oft und massiv unter dem ständigen Hin und Her von Kauf und Verkauf von Unternehmen zu leiden gehabt und leiden immer noch und immer wieder. Auch die Kommunen sind übrigens Opfer auch dieser Politik. Der Bestand an leistungsfähigen und steuerstarken Unternehmen schrumpfte.

- Die Finanzwirtschaft hat mit Freuden entdeckt, dass sie **an der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen genauso verdienen** wie an dem Verkauf von privaten Unternehmen. Also haben sie zusammen mit Medien und Politik am Rad der Privatisierung gedreht – für sie erfolgreich und für uns verbunden mit steigenden Gebühren zum Erwerb der früher öffentlich produzierten Leistungen.

- Die Banken haben entdeckt, dass sie **an Börsengängen von Unternehmen verdienen** können. Der geplante und immer noch favorisierte Börsengang der Deutschen Bahn ist ein Musterbeispiel dafür. Sachliche Gründe gibt es dafür nicht. Es bleibt der Wunsch der Finanzwirtschaft, am Börsengang unseres gemeinsamen Unternehmens Deutsche Bahn zu profitieren. – Auch hier geht es nicht ohne Mittäter. Die Finanzindustrie und insbesondere die Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley sind bestens mit Angela Merkel verknüpft.

- Sie haben **neue Finanzprodukte** entwickelt, die sie oft selbst nicht mehr verstehen, an denen sie aber kräftig verdienen. Und als der Krug brach, haben sie uns ihn kitten lassen; wir durften über den Bankenrettungsplan ihre Wettschulden bezahlen.

- Die Banken und die Versicherungen haben schon vor zwei Jahrzehnten erkannt, dass sie **mit der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, speziell der Altersvorsorge, der Kranken- und Pflegeversicherung neue Geschäftsfelder erschließen können**. Mit Riester-Rente und Rürup-Rente ist ihnen das vorzüglich gelungen – zulasten von uns Steuerzahlern und zulasten der Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente. Ihr Ruf musste massiv beschädigt werden, um die neuen

Geschäftsfelder der Finanzindustrie attraktiv erscheinen zu lassen.

Auf die skizzierte vielfältige Weise ist es der Finanzindustrie gelungen, sich ein größeres Stück vom Kuchen – vom gemeinsamen Bruttoinlandsprodukt – herauszuschneiden. Aber das ist volkswirtschaftlich kein Gewinn, sondern eine Vergeudung von Ressourcen.

Die skizzierten Beispiele zeigen zusätzlich, dass die hoch dotierten Tätigkeiten der Finanzindustrie zerstörerische Nebenwirkungen haben. Das Ergebnis „Wertschöpfung“ zu nennen und die Vergrößerung des geraubten Stücks auch noch zu feiern ist dreist. Wir haben es nämlich bei dem gefeierten Teil der Finanzwirtschaft mit Dieben und Plünderern zu tun.